

Bedingt eingreifbereit

Bei den Amerikanern fällt den Deutschen das Urteil leicht. Sie haben versagt: Erst in Somalia, wo sie den Warlord Aidid nicht fangen konnten und, von seinen Milizen gedemütigt, wieder abzogen. Dann in Afghanistan, wo sie durch ihr martialisches Auftreten viel Sympathie in der Bevölkerung verloren haben. Und nun im Irak, wo sie der immer neuen Terrorwellen nicht mehr Herr werden.

Doch wie fällt das Urteil der Deutschen über ihre eigenen Auslandseinsätze aus? Eine Kosten-Nutzen-Analyse liegt zwar bisher nicht vor. Aber auch sie fiel ernüchternd aus: In Somalia begann im August 1993 der erste bewaffnete Auslandseinsatz der Bundeswehr. Ein Feldlager wurde in Belet Uen errichtet, denn die Gegend galt als relativ sicher. Der Auftrag der Deutschen war, eine Kampfbrigade aus Indien zu unterstützen. Doch die Inder trafen nie ein. Also versuchte die Bundeswehr zunächst, aus der Not des Wartens eine Tugend zu machen, und erweiterte ihren Auftrag. Nun bauten deutsche Soldaten Schulen, bohrten Brunnen und setzten die Wasserversorgung in stand. Als sich die Sicherheitslage ab Ende 1993 verschlechterte, verkleinerten die Deutschen ihr Kontingent und zogen sich im März 1994 schließlich ganz aus Somalia zurück.

Militärisch endete der deutsche Somalia-Einsatz wie der amerikanische: in einem Desaster. Nach der westlichen

Intervention übernahmen nicht nur erneut Warlords die Kontrolle des Landes. Somalia wurde auch zu einer neuen Basis von terroristischen Gruppen, nachdem islamistische Kräfte die Oberhand gewonnen hatten, und damit zu einer neuen Front im Anti-Terror-Kampf. Westliche Versuche, vor allem der Amerikaner, Somalias schwache Übergangsregierung zu unterstützen, waren zunächst erfolglos. Erst Äthiopiens militärische Intervention vertrieb die Islamisten aus Mogadischu. Nun droht ein langwieriger Guerrillakrieg. Somalia erlebt die heftigsten Kämpfe seit sechzehn Jahren.

Die Afrikanische Union scheint vorerst nicht in der Lage, eine ausreichend gewappnete Friedenstruppe nach Mogadischu zu entsenden. Dabei ist es dringlicher denn je, dass die Afrikaner ihre sicherheitspolitischen Geschicke selbst in die Hand nehmen. Denn vom Westen können sie derzeit lediglich finanzielle und wirtschaftliche Hilfe erwarten. Die Amerikaner konzentrieren sich auf die Terroristenjagd, wie ihre jüngsten Luftschläge gegen mutmaßliche El-Kaida-Gruppen im Süden Somalias und die Entsendung eines Flottenverbandes vor die somalische Küste gezeigt haben. Die Deutschen erhöhen zwar ihre humanitäre Hilfe, halten sich militärisch aber zurück. Dabei könnten sie rasch vor Ort sein. Denn derzeit befinden sich rund 250 deutsche Soldaten im Rahmen der Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“ in der Region. Sie sind stationiert auf einer Basis in Somalias Nachbarland

Dschibuti und auf einer deutschen Fregatte in Richtung Jemen.

Warum Deutschland, anders als die Vereinigten Staaten, keine Verbindung zwischen dem somalischen Bürgerkrieg und dem Terrornetzwerk El Kaida, die den Einsatz auch deutscher Schiffe rechtfertigen würde, sehen will, ist mehr als fraglich. Denn der Auftrag des deutschen Marineverbandes umfasst die Seeraumüberwachung und den Schutz der Seeverbindungen um das Horn von Afrika. Hier sollen Handel und Transport von Gütern unterbunden werden, die in Form von Drogen, Waffen und Munition den transnationalen Terrorismus unterstützen könnten. Doch von einer wirksamen Blockade der Islamisten in Somalia kann keine Rede sein. Ein Somalia-Bericht der Vereinten Nationen vom November 2006 führt detailliert Verletzungen des Waffenembargos auf. Allein sieben Seetransporte von Eritrea nach Somalia zwischen April und August 2006 für die somalischen Islamisten sind dokumentiert. An Bord waren große Mengen panzerbrechender Waffen, Minen, Handgranaten, Munition für Handfeuerwaffen, Uniformen, Wasserflaschen und Medikamente. Weitere Lieferungen kamen aus dem Iran und Saudi-Arabien. Die Bundesmarine konnte sich dem Waffenfluss nicht entgegenstellen. Zum einen fahren die kleinen Handelsschiffe der Region meist innerhalb der Zwölf-Meilen-Zone vor der somalischen Küste und sind so dem deutschen Zugriff entzogen. Zum anderen liegt der Einsatzschwerpunkt der Deutschen seit 2004 auf der Meerenge zum Persischen Golf und im Roten Meer. Eine Überwachung des Waffenembargos gegen Somalia ist somit nicht möglich. Indem Berlin hier keinen Anti-Terror-Einsatz erkennen will, droht Deutschland zum zweiten Mal in Somalia zu scheitern.

Misserfolg im Kongo

Auch in einem anderen afrikanischen Land sind nachhaltige Interventionser-

folge der Deutschen ausgeblieben. Zwar wurde der Kongo-Einsatz der Bundeswehr im Gegensatz zum Somalia-Debakel ordnungsgemäß beendet. Aber zu welchem Preis: Nicht die Deutschen schreckten die kongolesischen Warlords ab. Es verhielt sich umgekehrt. Anders ist nicht zu erklären, warum die von Deutschland geführten Soldaten der Europäischen Union lediglich einmal in das bürgerkriegsartige Geschehen in Kinshasa eingriffen, als die Truppen von Präsident Joseph Kabila im August 2006 die Residenz von Kabilas innenpolitischem Gegner Jean-Pierre Bemba belagerten und mit schweren Waffen beschossen. Doch selbst hier halfen spanische Einheiten des EU-Verbandes lediglich den Blauhelm-Soldaten der Vereinten Nationen, die bei Bemba eingeschlossenen ausländischen Botschafter zu evakuieren. Danach unternahmen die Deutschen und ihre europäischen Verbündeten nichts weiter gegen die mehrtägigen Straßenkämpfe zwischen Kabilas und Bembas Anhängern.

Die Bundeswehr verhinderte auch nicht, dass Kabila seine Truppen in Kinshasa massiv mit Panzern verstärkte, entgegen geltender Vereinbarung. Auf eine Überwachung von Kongos Außenhandelshafen Matadi und der Militärbasen in der Hauptstadt wurde verzichtet – mit gravierenden Folgen: Eingeschüchtert von Kabilas Soldaten, traute sich die mehrheitlich dem Präsidenten feindlich gesonnene Bevölkerung Kinshasas an unsicheren Tagen kaum auf die Straße und akzeptierte notgedrungen das Wahlergebnis.

Stabile Verhältnisse, das Ziel des deutschen Einsatzes, herrschen im Kongo bis heute nicht. Im Osten des Landes sind erneut Kämpfe mit Rebellen ausgebrochen. In der Hafenstadt Matadi und in weiteren Städten hat es Tote bei Straßenschlachten zwischen Kabilas Sicherheitskräften und Anhängern der Opposition gegeben. In

Kinshasa stockt die Bildung demokratischer Institutionen. An den Wahlkämpfen um die Besetzung der Gouverneursposten haben sich alte ethnische Konflikte entzündet. Kabila hat sich das Recht genommen, Bembas Leibgarde gewaltsam zu zerschlagen.

Gewalt im Kosovo

Auch auf dem Balkan haben die Deutschen versucht, Bürgerkriegsregionen zu befrieden. Hier schweigen zwar heute die Waffen, aber der Weg zu einem wirklichen Frieden ist noch weit. Denn die politischen Probleme sind nicht gelöst, sondern seit dem Vertrag von Dayton lediglich eingefroren. Die früheren Kriegsparteien haben sich bis heute nicht ausgesöhnt. Die Region setzt sich aus schwachen Staaten und internationalen Protektoraten zusammen. Kriminalität prägt den Alltag. In Bosnien sind international gesuchte Kriegsverbrecher weiterhin auf freiem Fuß. Seit mehr als einem Jahrzehnt stehen Radovan Karadzic und Ratko Mladic auf den Fahndungslisten. Belgrad verweigert immer noch eine effiziente Kooperation mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal. Selbst Mazedonien, das einzige Land auf dem Balkan, wo seit dem Beginn der Bürgerkriege in den Neunzigerjahren eine Militärmission unter deutsch-französischem Kommando abgeschlossen wurde, gilt als instabil. Deutschland und den anderen EU-Staaten gelingt es nicht, dem Balkan eine politische Perspektive anzubieten. Im Kosovo bleibt die Statusfrage ungeklärt. Nachhaltige Stabilität für den Balkan versprechen weder der UN-Plan noch eine Entscheidung des UN-Sicherheitsrats über die staatliche Gestalt des Amselfelds. Denn so oder so wäre das Ergebnis nur ein neues Provisorium unter internationaler Kontrolle. Eine erneute Explosion der Gewalt wie bei den schweren Unruhen im März 2004 ist daher nicht ausgeschlossen. Damals sah sich die Bundeswehr nicht in

der Lage, die Gewalt zu stoppen: Neunzehn Menschen kamen ums Leben, 900 wurden verletzt. Häuser von Serben brannten, neunundzwanzig serbisch-orthodoxe Klöster und Kirchen wurden zerstört. Die deutschen Soldaten zeigten sich überfordert, die Vereinten Nationen und die internationale Polizei bei ihrer Arbeit zu unterstützen, geschweige denn ethnische Säuberungen in ihrem Verantwortungsbereich zu verhindern.

Wie ein Ende der Bundeswehr-Missionen in Bosnien und im Kosovo nicht in Sicht ist, so scheint auch in Afghanistan ein langes Engagement deutscher Soldaten erforderlich. Denn die Lage am Hindukusch ist mehr als beunruhigend. Die Taliban sind erstarkt und liefern sich blutige Gefechte mit NATO-Verbänden, die empfindliche Verluste hinnehmen müssen. Immer wieder gelingt es den Taliban, die Kontrolle über einzelne Ortschaften, Städte oder sogar ganze Bezirke zu erlangen. Sie werden dabei nun von deutschen Tornado-Jets fotografiert – nicht bombardiert. Die Regierung in Kabul sieht sich gezwungen, den Taliban direkte Verhandlungen und eine Beteiligung an der Regierung anzubieten. Eine Generalamnestie soll nach dem Willen des Parlamentes für alle Beteiligten an den bewaffneten Auseinandersetzungen der letzten fünfundzwanzig Jahre gelten. Von der Amnestie sollen auch die Warlords profitieren – trotz ihrer zahlreichen Kriegsverbrechen. Für den weiteren Einsatz der Bundeswehr sind das keine guten Vorzeichen. Zumal die deutschen Soldaten sich schon heute mit den afghanischen Drogenbaronen arrangieren müssen, deren Opiumernten in Deutschland und bei seinen europäischen Nachbarn für einen Milliardenumsatz auf dem Drogenmarkt sorgen. Ein Vorgehen gegen den Opiumanbau ist der Bundeswehr aber ausdrücklich von Berlin untersagt.

Eine weitere Farce deutscher Auslandseinsätze spielt sich derweil vor der

Küste des Libanon ab, wo Deutschland helfen will, Waffenlieferungen an die Hisbollah zu unterbinden. Zwar überprüft die Bundesmarine täglich zwischen zwanzig und dreißig Schiffe. Aber über das Meer sind keine Nachschuboperationen der schiitischen Guerillakämpfer zu erwarten. Wollte Deutschland die erneute Ausrüstung der Hisbollah verhindern, müsste es seine Soldaten entlang der syrisch-libanesischen Grenze stationieren. Doch genau das will Berlin unter keinen Umständen. Nun ist es dafür ohnehin zu spät. Die Arsenale der Hisbollah sind längst wieder gefüllt. Parallel zum ernüchternden Verlauf der deutschen Auslandseinsätze mehren sich an der Heimatfront Stimmen, die der Bundeswehr vorwerfen, ihr Budget für überholte Rüstungsvorhaben wie den Eurofighter, Kampfhubschrauber, Panzerhaubitzen und Schützenpanzer auszugeben. Denn, so die Argumentation, bei den heutigen Auslandseinsätzen in aller Welt sei vielmehr leichte Ausrüstung gefragt. Vergessen wird dabei, dass diese Annahme nur dann zutrifft, wenn sich Deutschland, wie bisher weitgehend, aus „peacemaking“-Operationen wie im Süden und Osten Afghanistans heraushält und nur für „peace keeping“-Missionen wie auf dem Balkan oder im afghanischen Norden zur Verfügung steht. Sollte Berlin in Zukunft wirkliche Kampfeinsätze durchführen wollen, so wären gerade die heute kritisierten Rüstungsvorhaben im Bereich schwerer Waffen unerlässlich, um auf dem Schlachtfeld bestehen zu können, so wie es derzeit am Hindukusch die Amerikaner, Briten, Kanadier und Niederländer zum Teil mit Ausrüstung deutscher Produktion versuchen: Beim niederländischen ISAF-Kontingent hat unlängst die Panzerhaubitze 2000 bei der Anti-Taliban-Operation „Medusa“ ihre Feuertaufe erlebt. Kanada mietet bei der Bundeswehr zwanzig „Leo-

pard2“-Kampfpanzer in der neuesten, minengeschützten Version, um sie gegen die kommenden Offensiven der Taliban in Stellung zu bringen.

Deutschland ist seit den Neunzigerjahren zwar an beinahe allen bedeutenden Interventionen des Westens beteiligt, doch hat es bislang trefflich verstanden, sich jeweils einen relativ ungefährlichen Aufgabenbereich zu sichern. Kampfeinsätze überlässt Berlin – mit Ausnahme des Kosovo-Krieges und der „Kommando-Spezialkräfte“-Operationen in Afghanistan – seinen Verbündeten. Deutschland unterstützt diese logistisch oder übernimmt die Sicherung von Gebieten, die als befriedet gelten. Die Frage „Sterben für Afrika, den Balkan oder Nahost?“ stellt sich so nur theoretisch. Die bisherigen Verluste der Bundeswehr sind entsprechend gering. Dabei bleibt allerdings die Frage, welchen Sinn milliardenteure Auslandseinsätze ergeben, wenn sie nur eine Waffenruhe sichern sollen, der die Konfliktparteien bereits vorher aus eigenem Entschluss zugestimmt haben. Denn deutsche Truppen in ein Gebiet zu entsenden, in dem die Waffen bereits schweigen, ergibt wenig Sinn, da sie dort eigentlich nicht mehr gebraucht werden. Aufgaben des Wiederaufbaus sind effektiver und vor allem kostengünstiger von Einrichtungen wie dem Technischen Hilfswerk oder Beratern aus den Bereichen Justiz und Polizei zu leisten. Bundeswehrverbände, die bei ihren Aufträgen von Berlin mühevoll vor jeglicher Gefahr geschützt werden, erscheinen als ein Widerspruch in sich. Dabeisein ist nicht immer alles. Nur eine Armee, deren eigentliche Aufgabe, der militärische Kampf, in einem Einsatz nicht von vornherein ausgeschlossen wird, ist ein wirksames Instrument souveräner Außen- und Sicherheitspolitik. Ist eine Nation dazu nicht bereit, sollte sie ihre Soldaten in den Kasernen lassen.